

An die Redaktionen

**Taunus-Zeitung
Usinger Anzeiger**

27. Mai 2009

GRÜNE: Verbindung des Süwag Wettbewerbs „Sport für einen guten Zweck“ mit CDU Veranstaltung schadet der Stadt

Die Mitglieder der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Neu-Anspach kritisieren den Einsatz von städtischen Mitarbeitern zur Organisation eines zum „Stadtfest“ aufgemotzten Sommerfestes der CDU. „Wir folgen einer Einladung der Stadtverwaltung zu einem CDU-Fest nicht,“ bestätigt die Fraktionsvorsitzende Jutta Bruns und zeigt Verständnis für den Ärger der SPD. „Natürlich hat es einen unangenehmen Beigeschmack, wenn in einem Superwahljahr die Stadt eine offizielle Einladung zu einer Parteiveranstaltung an alle Vereine verschickt.

Doch auch für die Bereitschaft in der Bevölkerung und damit die breite öffentliche Wirkung des Sponsorings durch die Süwag sehen die Grünen Probleme. Denn nicht nur politisch aktive Bürgerinnen und Bürger werden auf eine sportliche Betätigung zum Wohle der Stadt verzichten, wenn sie sich dabei vor den Karren einer politischen Partei spannen lassen müssen.

„Natürlich hofft der Parteivorsitzende der CDU, acht Wochen vor der Bundestagswahl vom öffentlichen Engagement eines großen Unternehmens zu profitieren,“ unterstreicht Bruns die Aussage von Andreas Moses in der Taunus Zeitung von heute. „Besonders ärgerlich ist aber die Aussage des Bürgermeisters, es gehe entweder mit dem CDU-Fest oder gar nicht. Denn im Juni wird in der Stadt das große Jubiläum der Hausener Feuerwehr gefeiert, im August das schon traditionelle Seifenkistenrennen und Anfang September die Kulturwoche. Es stimmt nicht, dass es keine anderen Veranstaltungen gibt.“

Das Vorgehen des Bürgermeisters ist aus Sicht der Neu-Anspacher Grünen äußerst ungeschickt und ein Ärgernis für alle politischen Parteien. Die Tatsache, dass dies nach vier Jahren Amtszeit als unabhängiger Bürgermeister mit CDU-Parteibuch für Klaus Hoffmann so schwer zu verstehen ist, bereitet den Grünen in Neu-Anspach Sorgen. „Eine Vermischung der Interessen von Stadt und Partei schadet der Stadt. Und wir Grüne sehen die Regeln der Demokratie da sehr eng, denn letztlich geht es um die Stadt und um uns alle,“ betont Bruns.

Jutta Bruns

